

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michen.

27. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 3. August 1921.

Bürgermeister Reumann ist von seinem Erholungsurlaub zurückgekehrt und hat die Führung der Amtsgeschäfte übernommen.

Hundswut im 20. Bezirk. Nach einer Mitteilung des Veterinäramtes herrscht im 20. Bezirk die Hundswut. In den letzten Tagen wurden 5 wütende Hunde aufgegriffen und 6 Personen von kranken Hunden gebissen. Es ist Pflicht eines Jeden, falls sich bei einem Hunde Anzeichen der Erkrankung an Hundswut wahrnehmen lassen: Veränderung im Benehmen, in der Fresslust, Drang zum Entweichen und Herumschweifen, Veränderung in der Stimme und heftige Beißlust, hievon sofort die Veterinärabteilung des Bezirkes oder den nächsten Tierarzt eventuell die Polizeibehörde in Kenntnis zu setzen.

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung vom 3. August 1921.

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung.

Gespendet haben: Die Wiener Gemüse- und Obst- Uebernahme- und Verteilungsstelle für humanitäre Zwecke 20.000 K.

Gilbert Varley, London für die Armen Wiens 6228 K.

Direktor Brasslern für die Armen Wiens 1300 K.

H.J. Wieschlag, New-York, für die Notleidenden Wiens 1556 K.

Giosné Bertl in Chicago für notleidende Wiener Kinder 1485 K.

Die Inländische Hilfsaktion für ein städtisches Kinderheim inländischen Lebertran.

Marie Gompper, Brooklyn, New-York, ein Paket Liebesgaben.

Von den Gemeinderäten Poppner und Körber wurden Dringlichkeitsanträge eingebracht, die am Schluss der Sitzung zur Verhandlung kommen. Der Bürgermeister erklärt die Geschäftsstücke 1 bis einschliesslich 6, 8 und 10 bis einschliesslich 13 als ohne Wortmeldung und daher als angenommen; das Geschäftsstück 7 wird von der Tagesordnung abgesetzt.

StR. Speiser (Soz.-Dem.) berichtet über die Massnahmen zugunsten der Angestellten der städtischen Unternehmungen, die sich auf die aktiven Angestellten, die Neupensionisten und Altpensionisten beziehen. Zur Bedeckung der erwachsenden Mehrauslagen ist ein Betrag von 20 Millionen Kronen erforderlich, der durch die Betriebsergebnisse der Unternehmungen aufzubringen ist.

GR. Untermüller (ch.-soz.) sagt, er habe wohl gegen die Vorlage keine Einwendung zu erheben, jedoch gegen den Vorgang, dass abermals niemand von seiner Partei die Möglichkeit hatte, an den Beratungen teilzunehmen. Sodann wendet er sich dagegen, dass auch diesmal wieder die Arbeit der weiblichen Beamten trotz der gleichen Anforderungen geringer entlohnt wird, als die der männlichen Beamten. Der amtsführende StR. Speiser habe schon einmals die Ungerechtig-

keit dieses Vorganges anerkannt und für den Herbst Abhilfe versprochen. Die christlichsoziale Partei werde stets ihr Augenmerk auf die Erfüllung ihres Versprechens richten. Der Redner bemängelt auch, dass hinsichtlich der Kosten in der Vorlage nichts enthalten sei und will wissen, welche „kleinere Unternehmungen“ der Referent in seinen Ausführungen gemeint habe, und erklärt zum Schlusse, dass seine Partei für den Antrag stimmen werde.

Der Referent bemerkt in seinem Schlusswort, dass alle von GR. Untermüller vorgebrachten Bemängelungen nicht zutreffen und dass wegen der Frage der Gleichstellung von Männern und Frauen durch die allgemeine Gleichstellung der beiden Geschlechter im Gemeindedienst sich erledige.

Die Anträge werden hierauf einstimmig angenommen.

StR. Speiser (Soz.-Dem.) berichtet über die Erhöhung der Teuerungszulage der Bediensteten und Arbeiter der städtischen Straßenbahnen und der Kraftstellwagenunternehmung und erläutert, dass mit den Vertretern dieser Bediensteten vereinbarte Schemata, wonach es gelungen sei, den aus den höheren Zulagen resultierenden Mehraufwand einzuschränken. Die Mehrkosten betragen bei den städtischen Straßenbahnen jährlich 485 Millionen Kronen bei der Kraftstellwagenunternehmung 7.3 Millionen Kronen. Dieser Mehraufwand soll durch eine entsprechende Tarifierhöhung gedeckt werden.

GR. Holaybeck (chr.-soz.) führt darüber Beschwerde, dass zu den Vorverhandlungen weder die Gewerkschaft der christlichen Eisenbahner noch die christlichsozialen Vertrauensmänner der Personalkommission aber auch nicht einmal die christlichsozialen Gemeinderäte selbst zugezogen worden sind. Die Opposition hatte also nicht einmal die Möglichkeit sich mit den Parteikollegen in den Organisationen auseinanderzusetzen. Redner bezeichnet diesen Vorgang als unanständig und der Würde des Gemeinderates nicht entsprechend. Dann beschäftigt er sich eingehend mit den Einzelheiten der Vorlage und wirft der Mehrheit vor, dass sie auch in diesem Falle nur nach wahlpolitischen Tendenzen gehandelt habe, anstatt die ganze Reform nach sachlichen Erwägungen durchzuführen. Es sei ihm auch Mitteilung zugekommen, dass man in maßgebenden Kreisen wieder die Einführung der Trinkgelderwirtschaft beabsichtige. Dagegen spreche sich die christliche Eisenbahnerorganisation aus. Sodann bespricht er mehrere Fälle von Terrorakten gegen christlich Organisierte und sagt, im Zeichen der Koalitionsfreiheit müsse auch einer christlichen Organisation die Existenzberechtigung zuerkannt werden.

GRin. Gärtner (chr.-soz.) spricht sich gegen die Bemessung der Teuerungszulage für die Frauen aus, da zwischen der Teuerungszulage für die Frauen und zwischen der für die Männer eine zu große Spannung besteht, die nicht gerechtfertigt sei, da für die Frauen das Leben ebenso teuer sei, wie für die Männer.

Der Referent kommt in seinem Schlusswort auf die in der Debatte gemachten Einwendungen zu sprechen, wobei er betont, dass unter dem Titel Teuerungszulage nur das gegeben wird, was auf eine andere Art, da es ein dreimonatiger Vertrag gekündigt werden müsse, nicht gegeben werden kann, dass es aber einleuchtend sei, dass man nicht allen Angestellten dasselbe geben könne, den Professionsisten nicht das, was die Reinigungsfrau bekommt.

Die Anträge werden einstimmig genehmigt.

StR. Speiser referiert über die Regelung der Bezüge der Feuerwehrmannschaften, die sich der Hauptsache nach auf den Grundlagen der Bezugsregelung für die Verwaltungsbeamten aufbaut, mit Rücksicht auf den schweren Dienst der Feuerwehrmannschaft aber in einzelnen Punkten darüber hinausgeht.

Die Vorlage wird bei der Abstimmung genehmigt.

VB. Emmerling erstattet zusammenfassend das Referat über die Fahrpreiserhöhung der städtischen Strassenbahnen der Automobilstellwagen Pötzleinsdorf-Salmansdorf und der Kraftstellwagenunternehmung. Der Berichterstatter verweist darauf, dass für das zweite Halbjahr 1921 ein Fehlbetrag von 46 Millionen Kronen veranschlagt wurde; nachdem man mit Jahresbelastungen rechnet, betrage der Gesamtanfang 92 Millionen Kronen. Die Forderungen der Beamten der Unternehmungen belasten die Strassenbahn mit 87 Millionen, die Regelung der Pensionsbezüge mit 20 Millionen und die Forderungen der Bediensteten aus den erhöhten Teuerungszulagen mit 485 Millionen Kronen. Die Bezüge der Pensionisten dieser Bediensteten bedürfen gleichfalls der Regelung und es ist hierfür ein Mehraufwand von 24 Millionen Kronen erforderlich. Dazu komme noch die steigenden gleitenden Zulagen mit einem Gesamtmehraufwand von 87 Millionen jährlich. Durch das weitere Ansteigen aller Materialpreise sind 80 Millionen Kronen mehr in Rechnung zu stellen und endlich müsse auch das Elektrizitätswerk den Strassenbahnen einen höheren Strompreis berechnen und zwar werde der Preis von K 1.20 auf K 2.40 gesteigert, so dass die Mehrbelastung für die Strassenbahnen ungefähr 70 Millionen ausmacht. Die dauernden Mehrauslagen werden schon 945 Millionen Kronen jährlich betragen. Die Strassenbahnen müssen aber auch noch Gebarungsabgänge aus den letzten drei Verwaltungsjahren in Betracht ziehen und zwar zusammen 236 Millionen Kronen. Dazu kommt noch der durch die Entwertung der Krone entstandene Kursverlust, so dass sich insgesamt ein Fehlbetrag von weit über einer Milliarde ergibt. Die Gemeinde hat kein anderes Mittel der Bedeckung als die Steigerung der Einnahmen durch eine allgemeine Fahrpreiserhöhung. Der Referent betont, dass bei der Erhöhung diesmal verschiedenen Wünschen weiter Bevölkerungsschichten Rechnung getragen wurde. So sind die Kinderfahrtscheine in der alten Preislage geblieben, die Frühfahrtscheine sowie die Hin- und Rückfahrtscheine wurden im Preise mässiger erhöht als die Hauptfahrkarten und bei den Streckenkarten beträgt die Erhöhung nur 28% gegenüber 40% der Hauptfahrkarten. Alle diese Massnahmen bezwecken eine Begünstigung des bargeldlosen Verkehrs auf den Strassenbahnen. Auf den Bahnhofrundlinien wurden jenen Fahrgästen, deren Beruf sie zur Benützung der Nachtlinien zwingt, besondere Begünsti-

gungen zugestanden. Dasselbe gilt von den Bewohnern der Gebiete Neustift am Walde und Salmansdorf, die auf der Stellwagenlinie Pötzleinsdorf-Salmansdorf gegen Erkennungskarten beträchtlich ermässigte Gebühren zu entrichten haben. Die Mehrausgaben für die

Angestellten der Kraftstellwagenunternehmung und die Erhöhung der Materialienpreise machen es notwendig, auch die Tarife auf den Autobussen zu erhöhen. Der Referent bittet schliesslich um Genehmigung der Anträge.

GR. Untermüller (chr.-soz.): Zwei Jahre sind Sie an der Herrschaft und wir halten bei dem dreissigfachen Tarif der städtischen Strassenbahnen. Sie, die immer gesagt haben, dass es unsozial ist, alle gleich zu belasten, fragen nicht, ob jemand ein Arbeiter oder ein Bankdirektor ist, für jeden kostet es auf der Strassenbahn gleich viel. Sie haben mit Recht verlangt, dass die Brotpreise gestaffelt werden, aber bei der Strassenbahn haben Sie es schon vergessen. Sie sündigen, weil es sich um ein Monopol handelt. Seit Monaten wird unser Bericht über die Strassenbahn versprochen, aber in dem Referat ist nichts davon zu hören. Der Redner bemängelt weiter die Kürzlichkeit des Referates und den Widerspruch in den Ziffern wie sie VB. Emmerling vorgebracht hat und denen des StR. Speiser. Er wünscht eine Verbesserung des Betriebes nach kaufmännischen Begriffen, ein Hinausschieben des Betriebsschlusses und die Aufhebung eines Fahrplanes, sowie die Einführung des Zonentarifes. Zum Schluss erklärt Redner, dass seine Partei dieser Fahrpreiserhöhung, die eine ungeheure Belastung der Bevölkerung darstelle, unmöglich zustimmen könne.

GR. Breuer (chr.-soz.) sagt, dass bei früheren Tarifierhöhungen doch auch immer Erleichterungen und Begünstigungen für die Fahrgäste eingetreten sind. Bei der jetzigen sei davon nichts zu sehen. Alle Anträge, die wegen Wiedereinführung aufgelassener Haltestellen eingebracht wurden, wurden nicht behandelt und auch sonst werde gemachten Einwendungen keine Rechnung getragen. Redner kritisiert auch das Benehmen eines Teiles der Schaffner gegenüber den Fahrgästen, das gerügt werden müsse. Zum Schluss seiner Ausführungen erklärt Redner gegen die Anträge stimmen zu müssen.

GR. Rummelhardt (chr.-soz.) bezeichnet die Fahrpreiserhöhung als eine außerordentlich schwere Belastung der Bevölkerung und als nichtlukrativ für die Gemeinde. Wenn die Christlichsozialen dagegen stimmen, so geschehe es nicht deshalb, weil sie die Bedeckung des Mehraufwandes für die Bezugsregulierung verweigern, sondern weil ihnen die Verwaltung der Strassenbahn überhaupt missfällt. und weil sie ein Junktim zwischen der Erhöhung der Bezüge und der Fahrpreissteigerung für unmoralisch halten. Eine solche Erhöhung wäre nur dann verständlich, wenn sie mit sachverfordernden, die die Strassenbahn braucht, mit der Einrichtung eines besseren Verkehrs und anderen der Bevölkerung zugute kommenden Reformen begründet werden könnte.

Redner stellt den Antrag, dass der Nachtverkehr auf den Strassenbahnen wenigstens an Sonn- und Feiertagen bis 12 Uhr nachts ausgedehnt werde.

Sodann spricht er in längeren Ausführungen gegen den parteiwidrigen Terror im Strassenbahnbetriebe.

Schliesslich beantragte Redner, dass die Kinderzulage, die den Angestellten auf einmal abgezogen wurde, wieder zurückerstattet und in 12 Monatsraten abgezogen werde.

GR. Schöhl (chr.-soz.) tritt für die Wiedereinführung des Zonentarifs ein und stellt einen diesbezüglichen Antrag, desgleichen beantragt sie den Schrebergarten Fahrbegünstigungen zu gewähren.

GR. Angeli (chr.-soz.) spricht sich für eine Regelung des Gepäcktransportes auf der Strassenbahn aus, beantragt die Vorverkaufskarten auch durch die Trafiken ausgeben zu lassen und bemängelt, dass die Angestellten der Zentralsparkasse der Gemeinde nicht des Vorteiles der ermässigten Fahrkarten wie die anderen Gemeindeangestellten teilhaftig werden.

Der Referent kommt im Schlusswort auf die Ausführungen in der Debatte zu sprechen und sagt, dass der ^{Ausdehnung} ~~Kinderverkehr~~ des Strassenbahnverkehrs bis nach Mitternacht ausserordentlich hohe Kosten und Neueinstellungen von Personalvorangehen. Was die Fahrbegünstigungen der Schrebergärtner anlangt, so habe die Gemeinde Wien für die Schrebergärtner schon soviel getan, dass sie nicht über ein gewisses Mass von Bevorzugung hinausgehen könne. Die Einführung eines Gepäcktarifes auf der Strassenbahn würde den Verkehr fast unmöglich machen. Ueber die Frequenz habe er bei der Budgetdebatte ausführlich berichtet. Was den Betrieb in den Abendstunden anbelange, so würden nur sehr wenige Linien, die eben absolut unrentabel sind, früher eingestellt. Was die Streckenkarte anbelange, die für solche Linien gelten, sei bereits der Auftrag gegeben worden, die Vorarbeiten durchzuführen, dass diese Karten auch für die entsprechenden Parallellinien Geltung haben. Es wurde auch von besserem Material und Wagen gesprochen. In diesem Zusammenhange könnte ich darauf verweisen, was wir zu leisten imstande waren. Sie haben im Jahre 1914 alles in allem 1731 Wagen in Betrieb gehabt, im Jahre 1919/20 als wir die Ehre hatten, die Verwaltung zu übernehmen, stiegen wir auf 2000 ²⁴¹¹ und haben derzeit ~~2411~~ ²⁴¹¹ Wagen im Betriebe. Das konnten wir leisten, obwohl wir das Personal abgebaut haben. Im Jahre 1919 waren 6800 Schaffner und Schaffnerinnen, jetzt haben wir 5800. In der Hauptwerkstätte haben wir 1700 Mann übernommen und heute sind dort 1400 Mann.

Wenn in der Debatte auch von den Zuständen der Strassen gesprochen wurde, so muss darauf verwiesen werden, dass zur Zeit der christlichsozialen Herrschaft gewisse Strassen mit Blumen geschmückt waren, während andere Kothaufen zeigten.

Der Majorität den Vorwurf zu machen, dass sie der Initiator einer neuen Teuerungswelle sei, könne doch nicht zutreffen, da die Tarifierhöhungen des Staates die Gemeinde mit 225 Millionen Kronen seit Anfang Juli belastet. Die Strassenbahn kostet heute nur das 45fach gegenüber der Vorkriegszeit, während alle Verbrauchs-

und Bedarfsartikel um mehr als das 100fache gestiegen sind. Der Zonentarif von dem verlangt wird, dass wir ihn einführen sollen, was unter der christlichsozialen Herrschaft aufgehoben. Wenn man die Fahrpreisrelation des Zonentarifes von damals mit 12, 14 und 20 Heller heranzieht, so müssen heute weit höhere Preise verlangt werden, als 9 Kronen, damit die kürzere Strecke bei einem billigeren Fahrpreis befahren werden könne.

Bei der Abstimmung werden die in der Debatte gestellten Anträge der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen, die Anträge des Referenten betreffend die Fahrpreiserhöhungen, gegen die Stimmen der Christlichsozialen angenommen.

Zu Post 18 und 19 ist niemand zum Worte gemeldet, die Anträge erscheinen daher angenommen.

Der Bürgermeister verliest nun einen Dringlichkeitsantrag des GR. Körber (chr.-soz.) über die Selbstentzündung in den Kohlenlagern der Elektrizitätswerke Engerthstrasse. Der Dringlichkeitsantrag verweist darauf, dass die Rauchentwicklung eine große Behelligung für die ganze Umgebung bilde und verlangt Abhilfe.

Der Bürgermeister bemerkt dazu, dass bereits am 29. Juli von der Gemeinde Vorkehrungen zur Beseitigung der Uebelstände getroffen worden sind. Die Gemeinde war genötigt einen grösseren Kohlenvorrat anzuschaffen und da hauptsächlich westböhmisches Braunkohle eingelaufen ist, die infolge stärkerer Vergasung der Selbstentzündung gleich unterliegt, sind Brandnester entstanden. Es wurde alles getan, um diese Brandnester auszulöschen.

GR. Körber gibt sich mit dieser Aufklärung zufrieden, wodurch die Behandlung dieses Dringlichkeitsantrages entfällt.

Sodann bringt der Bürgermeister den Dringlichkeitsantrag Doppler u. Gen. betreffend die Strassenbespritzung zur Verlesung, der dahin geht die Gartenanlagen, Strassen und Gassen Wiens auf die Dauer der ungewöhnlichen Hitze mehrmals des Tages, mindestens viermal, zu bespritzen und dass dieser Beschluss sofort in Kraft trete. GR. Doppler sagt in seiner Begründung, dass die Dringlichkeit seines Antrages wohl von allen Anwesenden zugegeben werde und ersuche ihm eine besondere Begründung nicht notwendig.

Die Dringlichkeit wird sodann abgelehnt.

Hierauf schliesst der Bürgermeister die Sitzung.

-3-3-3-3-3-